

Pressemitteilung

10.11.2025



Saarländischer Flüchtlingsrat fordert die Öffnung der Härtefallkommission für Geflüchtete mit Schutzstatus in einem anderen EU-Land

Saar-Innenminister Reinhold Jost (SPD) liegt falsch

Der Saarländische Flüchtlingsrat fordert eine Reform der Härtefallkommission (HFK) im Saarland und eine Erweiterung ihrer Zuständigkeit für Geflüchtete mit Schutzstatus in einem anderen EU-Land. Es geht dabei insbesondere um syrische und afghanische Geflüchtete, die teils schon längere Zeit im Saarland leben und die ein Land wie zum Beispiel Bulgarien verlassen mussten, weil ihnen dort als anerkannte Geflüchtete Verarmung und Obdachlosigkeit drohten.

„Unsere Forderung ist nicht neu. Auch die saarländische SPD war einmal dafür, als sie im Landtag noch in der Opposition war. Heute scheitert dieser notwendige Reformschritt allerdings an der sturen Haltung des saarländischen Innenministers Reinhold Jost“, so Tobias Schunk vom Vorstand des Saarländischen Flüchtlingsrates. „Im Gegensatz zum Saarland sind in anderen Bundesländern, wie zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen, solche Eingaben an die Härtefallkommission möglich.“

Innenminister Reinhold Jost hatte im Sommer 2025 im Saarländischen Rundfunk eine solche Öffnung der HFK vehement abgelehnt. Seine Begründung: Er wolle Geflüchteten keine falschen Hoffnungen machen. Solche Fälle werden in anderen Bundesländern durch die Härtefallkommission stets negativ beschieden.

„Der Innenminister liegt hier definitiv falsch“, erklärte Tobias Schunk dazu. „Wir wissen zum Beispiel von der HFK in Nordrhein-Westfalen, dass dort in den vergangenen Jahren in Einzelfällen Härtefallanträge von Geflüchteten mit einem Schutzstatus in einem anderen EU-Land positiv beschieden wurden. Eine solche Möglichkeit hätten wir gerne auch im Saarland. Es geht um humanitäre Lösungen im Interesse von Geflüchteten. Eine Erweiterung der Zuständigkeit der HFK könnte hier mit dazu beitragen.“

Zum Hintergrund: Im Saarland sind bis heute keine Eingaben von sogenannten Drittstaaten-Fällen an die Härtefallkommission möglich. Es geht dabei um Geflüchtete, die zwar hier über eine Duldung verfügen, aber in einem anderen Staat der Europäischen Union bereits einen Schutzstatus erhalten haben. Innenminister Reinhold Jost erklärte im Aktuellen Bericht vom 20. Juni 2025, dass er solche Fälle nicht in die HFK aufnehmen werde. <https://tinyurl.com/mrhndfk>

Im Sommer 2016 wollte die saarländische SPD sogar noch eine Öffnung der HFK für sogenannte Dublin-Fälle. <https://tinyurl.com/ya96rjz5>

Auch der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages geht davon aus, dass in Dublin-Fällen kein gesetzlicher Ausschlussgrund für die HFK besteht. <https://tinyurl.com/2u262y49>

Beispiel Bulgarien: Rechercheberichte dokumentieren, dass die Versorgung von Geflüchteten in Bulgarien keine menschenrechtlichen Mindeststandards erfüllt und Geflüchtete sehr oft von Gewalt durch staatliche Akteure betroffen sind. <https://tinyurl.com/4nee534x>

Kaiser Friedrich Ring 46
66740 Saarlouis
Tel.: 06831 - 4877938
Fax: 06831 - 4877939
fluechtlingsrat@asyl-saar.de
www.asyl-saar.de

Büro Öffnungszeiten:
Dienstag: 13 – 17 Uhr

Vorstand:
Dilan Akdogan
Elke Klein
Peter Nobert
Tobias Schunk

Bankverbindung:
Kreissparkasse Saarlouis
IBAN: DE14 5935 0110 0200 6309 86
BIC: KRSADE55XXX